



An die Oberbürgermeister der Städte Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, und Offenbach

An die Landrätinnen und Landräte der Landkreise Main-Taunus, Hochtaunus, Darmstadt-Dieburg, Offenbach, Groß-Gerau, Rheingau-Taunus

An die Schuldezernenten und Schuldezernentinnen der genannten Städte und Landkreise

Nachrichtlich: Herrn Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz, Herrn Staatssekretär Dr. Manuel Lösel

Wetzlar, den 15.11.2019

Kooperationsangebot für Qualität in der beruflichen Bildung („Wetzlarer Erklärung“)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Hessen und das Rhein-Main-Gebiet befinden sich in einer besonderen Situation. Durch Zuzug und steigende Geburtenzahlen wachsen Frankfurt und andere Städte in der Region so dynamisch, dass die Frage nach Wohnmöglichkeiten die aktuelle Debatte bestimmt. Die Bewältigung dieser Herausforderung ist komplex, stehen doch für die steigenden Wohnraumbedarfe nur begrenzt Flächen zur Verfügung. Zudem müssen Folgewirkungen für Ökologie und Naherholung bedacht werden.

Wir in Mittelhessen wollen den Ballungsraum in dieser komplexen Situation nicht allein lassen. Es gehört zu den Besonderheiten der hessischen Situation, dass nur wenige Kilometer jenseits des unmittelbaren Frankfurter „Speckgürtels“ ganz andere Herausforderungen bestehen. Zumindest in den ländlichen Teilen Mittelhessens sind Diskussionen über Bevölkerungsrückgang oder kleiner werdende Dörfer nicht fremd. Zwar konnten - auch dank erfolgreicher eigener Aktivitäten - allzu pessimistische Prognosen widerlegt werden, trotzdem bietet sich in weiten Teilen Mittelhessen ein diametral anderes Bild als im Rhein-Main-Gebiet: Hier sind Ressourcen und Raum vorhanden, die der Ballungsraum dringend bräuchte.

Gerade auf dem Gebiet der beruflichen Bildung bietet sich aus Sicht der Unterzeichnenden daher die Chance, dass Mittelhessen und das Rhein-Main-Gebiet stärker kooperieren. Während - insbesondere in der Stadt Frankfurt - die Berufsschulkapazitäten in Teilen an Grenzen stoßen, müssen in Mittelhessen punktuell Klassen aufgegeben oder zusammengelegt werden. Schon jetzt droht die Gefahr, dass bestimmte, spezialisierte berufliche Bildungsangebote in wenigen Jahren überhaupt nicht mehr in Mittelhessen angeboten werden können.

Deswegen bieten wir Ihnen einen Dialog an, der über den mittelhessischen Tellerrand hinausgeht: Wir schlagen Ihnen vor, berufliche Bildungsgänge, bei denen der Ballungsraum in schulischer Hinsicht an seine Kapazitätsgrenzen stößt, ganz oder teilweise in Mittelhessen sicherzustellen, indem z. B. Berufsschüler*innen aus der Region Mittelhessen, die ihre Ausbildung/Lehre im Rhein-Main-Gebiet absolvieren, in unserer Region beschult werden. Durch die z. T. hervorragend ausgestatteten Berufsschulen und kleinere Lerngruppen kann die Ausbildungsqualität auf hohem Niveau gesichert werden. Ebenso würde dies kürzere An- und Abfahrtszeiten für die Berufsschüler*innen und eine Reduzierung des Pendelverkehrs auf den stark frequentierten Verkehrswegen in das Rhein-Main-Gebiet bewirken.

Wir sind überzeugt, dass bei einer sinnvollen und z.B. an vorhandenen Schul-, Werkstatt- und Lerninfrastrukturen orientierten regionalen Planung in einer solchen Kooperation erheblich sinnvoller mit Ressourcen umgegangen werden kann. Gleichzeitig dürften sich die Mehrbelastungen für alle Beteiligten in überschaubaren Grenzen halten. Angesichts der bei jüngeren Menschen großen Mobilität dürfte der Weg zu einer Berufsschule in Mittelhessen auch für Auszubildende aus dem Frankfurter Raum kaum als Belastung wahrgenommen werden. Viel größer ist die Gefahr, wenn die Kapazitäten und Infrastrukturen im Ballungsraum nicht schnell genug an den wachsenden Bedarf angepasst werden können. Dann würde die Ausbildungsqualität insgesamt nachlassen. Das wäre fatal, ist doch die Stärkung der beruflichen Bildung für uns alle ein zentrales Anliegen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bei diesem Brief handelt es sich nicht um einen weiteren Akt einer ritualisierten Interessengegenüberstellung zwischen Ballungsraum Rhein-Main und Mittelhessen. Wir sind daran interessiert einen echten, solidarischen Beitrag zu leisten und die in unserer Region vorhandenen Kapazitätsreserven im Sinne einer Entspannung für den Ballungsraum ins Spiel zu bringen. Natürlich geschieht dies nicht uneigennützig. Auch wir sind zur Zukunftssicherung unserer Berufsschulen auf eine gute Kooperation mit dem Rhein-Main-Gebiet angewiesen.

Unser Wunsch wäre es, ergebnisoffen auszuloten, ob es eine Zusammenarbeit in der von uns skizzierten Form geben könnte, so dass beide Seiten - und vor allem die Schülerinnen und Schüler bzw. die Auszubildenden - davon profitieren. Natürlich müssen dabei zunächst Modellprojekte am Anfang stehen: Blockunterricht, Landes- oder Bezirksfachklassen o.ä. eröffnen dabei Chancen.

Als Ansprechpartner steht Ihnen stellvertretend Marian Zachow, Erster Kreisbeigeordneter Marburg-Biedenkopf, zur Verfügung, der gern den weiteren Austausch koordiniert:
Landkreis Marburg-Biedenkopf, Im Lichtenholz 60, 35043 Marburg, ☎ 06421/4051203
BueroBl@marburg-biedenkopf.de

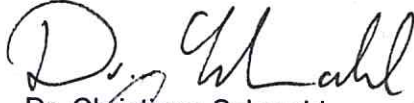
Schon im Voraus danken wir herzlich und verbleiben mit freundlichem Gruß



Michael Köberle
Landrat Limburg-Weilburg


Jan Weckler
Landrat Wetteraukreis


Kirsten Dinnebier
Stadträtin Universitätsstadt Marburg


Astrid Eibelshäuser
Stadträtin Universitätsstadt Gießen


Dr. Christiane Schmahl
Erste Kreisbeigeordnete Landkreis Gießen


Heinz Schreiber
Kreisbeigeordneter Lahn-Dill-Kreis


Marian Zachow
Erster Kreisbeigeordneter Landkreis Marburg-Biedenkopf